



B e r i c h t

über die Besprechungen in Madrid vom 22. bis 24. Juni 1965
soweit sie Fremdarbeiterfragen betrafen.

1. Ziel der Besprechungen bezüglich spanischer Arbeitskräfte

Es galt die Spanier davon abzuhalten, das Rekrutierungsabkommen zu kündigen und uns bis zur Erreichung eines Abkommens mit "italienischem Inhalt" unter Druck zu setzen.

2. GesprächspartnerAuf spanischer Seite:

- a) eine spanische Delegation, bestehend aus den Herren:
Cortina, Staatssekretär des Aussenministeriums;
Garcia Lahiguera, Generaldirektor für konsularische
Angelegenheiten des Aussenministeriums;
Rengifo Calderon, Generaldirektor des Instituto Español
de Emigración (Arbeitsministerium);
Villar Mir, Generaldirektor des "Empleo" (Arbeits-
ministerium).
- b) der Aussenminister;
- c) der Handelsminister;
- d) der Finanzminister.

Auf schweizerischer Seite:

der Berichterstatter und Herr Pierre Dumont, Geschäftsträger a.i.

3. Skizzierung des Verlaufes der Besprechung mit der spanischen Delegation

Schweizerischerseits wurde dargelegt, dass es weder der Regierungspolitik, noch den schweizerischen Interessen entsprechen würde, in der Fremdarbeiterfrage Spanien gegenüber Italien zu diskriminieren.



- 2 -

Die schweizerische Regierung sei aber im Hinblick auf die Heftigkeit der negativen Reaktion der öffentlichen Meinung auf das Italien-Abkommen und die im Parlament abgegebenen Erklärungen im Moment nicht in der Lage, mit einem zweiten Land ein Abkommen nach italienischem Muster abzuschliessen. Selbst wenn sie dies ^{*/}täte und es ihr gelänge, die parlamentarische Genehmigung durchzusetzen, so würde ein solches Abkommen mindestens während einiger Zeit die Lage der spanischen Arbeiter nicht erleichtern, sondern wegen Verschlechterung des Arbeitsklimas erschweren.

Zudem seien die in den Augen der Spanier wichtigsten Artikel des Italien-Abkommens (Art.11-12) durch ein liberaleres autonomes Regime zur Hauptsache überholt. Die betreffenden Artikel seien überdies mit soviel Vorbehalten versehen, dass sie fast einem autonomen Regime gleich kämen. Die öffentliche Meinung hätte diesbezüglich nicht genügend aufgeklärt werden können, weil die italienische Regierung das Abkommen als grossen Erfolg habe präsentieren wollen.

Das autonome Regime, das nach fünfjährigem Aufenthalt und für den Familiennachzug gilt, wurde gemäss Beilage 1 dargelegt. Ferner wurde den Spaniern zugesichert, dass, falls ihre Arbeitskräfte schlechter behandelt würden als die Italiener, wir in den in Beilage 2 erwähnten Fällen bei den Kantonen intervenieren würden, um eine konstruktive Lösung zu erleichtern.

Im Verlaufe der Diskussion zeigte es sich, dass es überwiegend das Arbeitsministerium war, das auf die Kündigung des Vertrages hinarbeitete. Dabei scheinen folgende Motive am Werk:

- Spanien möchte seinen "Emigranten" zeigen, dass es mindestens so gut für sie sorgt wie Italien;
- Spanien möchte sich der von kommunistischer Seite unter den Emigranten gemachten Propaganda, die spanische Regierung sei, im Gegensatz zur italienischen, arbeiterfeindlich, erwehren.

^{*/}wegen der Insistenz der spanischen Regierung

- 3 -

- die spanischen Behörden sind bestrebt, wo immer möglich die Lage ihrer Landsleute im Ausland zu verbessern;
- das Abkommen mit Spanien scheint im Vergleich zum Abkommen mit Italien auch in sekundären Punkten unbefriedigend;
- die spanischen Behörden scheinen unter dem Eindruck gestanden zu haben, dass die Schweiz bei Ausübung eines gewissen Druckes bereit sei, mit Spanien ein ähnliches Abkommen wie mit Italien abzuschliessen.

Spanischerseits hörte man sich die schweizerischen Erklärungen mit Interesse an, stürzte sich aber auf jede Möglichkeit, um mindestens eine "theoretische" Schlechterbehandlung der Spanier herauszustreichen.

Die beiden jungen Generaldirektoren des Arbeitsministeriums, die erst seit kurzem im Amte sind, waren nicht so leicht zu überzeugen, dass auf eine Kündigung verzichtet werden sollte, da ihnen das Rekrutierungsabkommen im allgemeinen nicht mehr so recht zu passen scheint.

Schweizerischerseits musste darauf hingewiesen werden, dass eine Kündigung im jetzigen Moment nur zu Spannungen führen könne, denn die schweizerische Regierung sei trotz bester Intentionen einfach nicht in der Lage, gegenwärtig ein neues "Italienabkommen" abzuschliessen. Beide Seiten wären in einer ausweglosen Situation, die zu einer rapiden Verschlechterung des Klimas für spanische Arbeiter in der Schweiz führen müsste.

Am Ende der Besprechung mit der spanischen Delegation bestand der Eindruck, dass man sich für den Fall des Verzichtes auf Kündigung über folgendes Vorgehen geeinigt habe:

- a) Spanien wird seine konsularischen Stellen in der Schweiz anweisen, allfällige Schwierigkeiten gemäss Beilage 2 der Botschaft in Bern zu melden;

- 4 -

- b) Spanien wird im Laufe der nächsten Monate die Commission mixte einberufen, um seine sekundären Begehren darzulegen und von "langer Hand" eine neue vertragliche Lösung vorzubereiten;
- c) im Frühjahr 1966 wird die Frage erneut geprüft, ob die dann-zumalige Situation den Abschluss eines umfassenderen Abkommens gestatte.

Die Spanier stellten am Schluss der Besprechung das Begehren, dass "Saisonniers", die sich während 11 Monaten des Jahres in der Schweiz aufhalten, den 12. Monat "ferienhalber" in der Schweiz bleiben könnten, sofern sie ihre Familie in der Schweiz hätten und bereits eine eigene Wohnung besässen. Bisher habe die Polizei sie zum Verlassen des Landes veranlasst. Solche Fälle kämen insbesondere in Genf häufig vor.

Ferner scheint mit Brugg ein Konflikt zu bestehen. Man möchte uns das Dossier zum Stüdium übermitteln mit der Bitte, eine vernünftige Lösung zu erleichtern. Ueber die Details des Falles bin ich noch nicht orientiert. Offenbar hat das Emigrationsinstitut für Brugg landwirtschaftliche Arbeiter rekrutiert, die dann nicht abgenommen worden sind, weil sich Brugg aus zeitlichen Gründen anderweitig eindecken musste. Anscheinend sind die Spanier über die anderweitige Eindeckung nicht sofort orientiert worden. Die Spanier möchten offenbar Kostenvergütungs- und Entschädigungsansprüche geltend machen.

4. Besuch beim Aussenminister

Der Aussenminister Castiella dankte dafür, dass der Bundesrat einen Vertreter gesandt habe, um Spanien beruhigende Erklärungen abzugeben. Was für Spanien besonders zähle, sei die gute Atmosphäre und die de facto Nichtdiskriminierung der spanischen Arbeiter. Wenn diese erreicht werden könne, sei man spanischer-

- 5 -

seits bereit, während einer gewissen Zeit auf die Schwierigkeiten der schweizerischen Regierung Rücksicht zu nehmen.

Er werde das spanische Kabinett am nächsten Donnerstag über den schweizerischen Besuch orientieren und im Hinblick auf die Besuchsgeste vorschlagen, das bisherige Abkommen weiterzuführen.

5. Besprechung beim Handelsminister

Der Hauptteil der Unterredung bezog sich auf die spanische Wirtschaftsentwicklung, insbesondere auf den Kampf gegen die Inflation (in den letzten 12 Monaten sind die Lebenskosten um 14 % angestiegen) und auf die Beziehungen zum Gemeinsamen Markt, wobei beidseitig der Wunsch zum Ausdruck kam, dass man sich bei Ergreifung von Verteidigungsmassnahmen gegenüber der EWG begünstigen sollte, um eine Intensivierung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen zu erreichen. Nachdem die EWG ihre Vorteile zu Lasten dritter Länder suche, sollten sich diese ähnlich verhalten. Ullastres schlug vor, dass wir uns zu gegebener Zeit etwas eingehender über dieses Problem unterhalten sollten.

Die Gelegenheit wurde benützt, um Ullastres unsere Probleme in Sachen Fremdarbeiter darzulegen und bei ihm im Hinblick auf die Kabinettssitzung um Verständnis zu werben. Er versprach zweimal, uns voll zu unterstützen.

6. Besprechung beim Finanzminister

Die Besprechung war zur Hauptsache der gegenwärtigen Lage und den unmittelbaren Zukunftsperspektiven der spanischen Wirtschaft gewidmet. Der Finanzminister führte die starke Indexsteigerung auf die letzte schlechte Ernte zurück, die es notwendig machte, die Landwirtschaftspreise steigen zu lassen. Zwar stehe wieder eine schlechte Ernte bevor, doch seien diesmal Vorkehren getroffen worden, dass die grossen Ersatzimporte durch die richtigen Kanäle in

- 6 -

den Detailhandel gelangen würden. Der grössere Teil der Preissteigerung sei also nicht inflationistischen Ursprungs. Das Budget sei ausgeglichen und die Behörden hätten die Entwicklung nun ziemlich in der Hand.

Er erwarte im Hinblick auf den grossen Infrastrukturbedarf für die nächsten Jahre etwas weniger günstige Rechnungsabschlüsse. Man bleibe deshalb an der Auflage eines Staatsanleihens in der Schweiz interessiert; dies weniger wegen der Grösse des Betrages, als vielmehr wegen der damit verbundenen Referenz für andere Märkte.

Auch diese Besprechung gab Gelegenheit, unser Fremdarbeiterproblem darzulegen. Der Finanzminister zeigte volles Verständnis für unsere Situation und versprach uns ebenfalls seine Unterstützung.

7. Schlussfolgerungen

Kurz vor der Abreise wurden wir dahin orientiert, dass Spanien auf eine Kündigung verzichte und im Sinne unserer Besprechungen mit der spanischen Delegation vorgehen werde.

Für einmal ist nun die Gefahr einer auswegslosen spanischen Demonstration beseitigt. Wir dürfen uns aber keinen Illusionen darüber hingeben, dass Spanien vor allem aus politisch-psychologischen Gründen mit der Zeit ebenfalls seine Satisfaktion "à l'italienne" erhalten muss.

Spanien wird wahrscheinlich in absehbarer Zeit die Einberufung einer Commission mixte vorschlagen, um insbesondere seine sekundären Aenderungswünsche darzulegen.

Bis zum Abschluss eines Vertrages nach italienischem Muster, über den im Frühjahr 1966 erneut zu sprechen wäre, erwartet man von uns ein Verhalten gemäss Beilagen 1 und 2, d.h. die Anwendung der heutigen liberaleren autonomen Regeln.

- 7 -

Insbesondere wird man spanischerseits sehr genau das Verhalten der Kantone verfolgen. Man ist offenbar bezüglich der Einstellung der Kantone auf Grund gemachter Erfahrungen skeptisch und glaubt, dass die Kantone nur mit internationalen Abkommen "gezügelt" werden könnten.

2 Beilagen



(Stopper)